

**Wählerbewegungen
im extremistischen Spektrum
in Berlin**

**Berliner
Wahlen 2006**

KERNAUSSAGEN

- Die NPD hatte bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus berlinweit sehr unterschiedliche Ergebnisse zu verzeichnen, scheiterte jedoch klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Die NPD steigerte ihren Zweitstimmenanteil auf 2,6 Prozent im Vergleich zu 0,9 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl 2001 und 1,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2005. Aufgrund ihres Wahlergebnisses erhält die NPD staatliche Wahlkampfkostenerstattung.
- Die NPD konnte bei der Abgeordnetenhauswahl ihren Wählerstimmenanteil in allen Bezirken erhöhen. In absoluten Zahlen gewann sie 6 092 Wählerstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2005 hinzu. Die Partei verbesserte auch bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen ihr Stimmenergebnis in allen Bezirken, in denen sie antrat.
- Das Ost-West-Gefälle im Wählerzuspruch für die NPD vertiefte sich weiter. Im Westteil Berlins erzielte sie 1,6 Prozent, im Ostteil der Stadt 4,0 Prozent der Zweitstimmen zur Abgeordnetenhauswahl.
- Gemäß dem „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU vom 15. Januar 2005, der konkurrierende Wahlantritte vermeiden soll, verzichtete die DVU in Berlin auf eine eigene Kandidatur. Im Gegenzug öffnete die NPD ihre Listen für Mitglieder des Bündnispartners. Drei der vierzehn Listenplätze zur Abgeordnetenhauswahl wurden von Mitgliedern der DVU eingenommen.
- Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) erreichte die NPD mit 6,4 Prozent in Marzahn-Hellersdorf drei Mandate, mit 5,9 Prozent in Lichtenberg drei Mandate, mit 5,3 Prozent in Treptow-Köpenick drei Mandate und mit 3,9 Prozent in Neukölln zwei Mandate. Bei den Wahlen zu den BVV gilt eine 3-Prozent-Hürde.
- Die NPD führte in Berlin einen personalisierten und straff organisierten Wahlkampf mit verhältnismäßig großem materiellen und persönlichen Aufwand. Dabei bediente sie sich je nach Zielgruppe unterschiedlicher Medien.
- Bei den zeitgleich in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Landtagswahlen erreichte die NPD 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen und zog mit 6 Abgeordneten in den Schweriner Landtag ein.
- Die Stellung der NPD innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums wird durch die Wahlergebnisse weiter gestärkt. Allerdings bieten die Ergebnisse auch das Potenzial für Spannungen, da die Partei nun verstärkt zwischen den unterschiedlichen Ausrichtungen

und Erwartungshaltungen ihrer Bündnispartner, der DVU und den aktionsorientierten Rechtsextremisten, vermitteln muss.

1 AUSGANGSLAGE

Am 17. September 2006 fand die Wahl zum 16. Abgeordnetenhaus von Berlin sowie für die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Zeitgleich wurde in Mecklenburg-Vorpommern der dortige Landtag gewählt. An den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligten sich 28 Parteien, darunter auch die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die linksextremistische „Partei für soziale Gleichheit“ (PSG).

Bereits im Januar 2005 hatten die Parteivorsitzenden von NPD und „Deutscher Volksunion“ (DVU) im Rahmen ihrer Kooperationsbemühungen unter der Überschrift „Volksfront“ einen so genannten Deutschlandpakt geschlossen.¹ Dieser „Pakt“ stellte eine Verabredung zur Vermeidung konkurrierender Wahlantritte auf Landes- und Bundesebene bis zum Jahr 2009 dar. Absprachegemäß trat bei den Wahlen in Berlin 2006 nur die NPD an. Bedingung für den Wahlverzicht der DVU war die Öffnung der NPD-Landesliste für DVU-Bewerber.

Der Berliner NPD-Landesverband hielt sich bei der Abgeordnetenhauswahl an den „Deutschlandpakt“. Auf der 14 Plätze umfassenden Landesliste der NPD wurden drei Mitglieder (Plätze 2, 6 und 10) der DVU aufgestellt, auf den Bezirkslisten waren ebenfalls Mitglieder der DVU vertreten. Im Gegensatz zu den Bundestagswahlen 2005 wurden keine Kandidaten aufgestellt, die in erster Linie den „Freien Kameradschaften“ oder der Jugendorganisation der NPD, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), zuzurechnen sind. Spitzenkandidat der NPD war der Bundesvorsitzende der Partei Udo Voigt. Auf Bezirksebene trat die NPD in fünf Bezirken (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick) an. In keinem dieser Bezirke traten NPD und REP gegeneinander an.

Im Gegensatz zu früheren Wahlen beteiligte sich an der diesjährigen Abgeordnetenhauswahl in Berlin nur eine linksextremistische Partei, die trotzkistische Splittergruppe PSG, mit einer drei Kandidaten umfassenden Landesliste. Andere linksextremistische Parteien und Organisationen traten nicht zur Wahl an, sondern unterstützten die Kandidatur der „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG).

Sie sahen mehrheitlich in dem Wahlantritt der WASG die Möglichkeit parlamentarischen Einfluss erlangen zu können. So erklärte die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) zu ihrem Kandidaturverzicht: „Angesichts der Wahlen zum Abgeordnetenhaus geht es darum, die bestehende Zersplitterung in den außerparlamentarischen Aktionen des sozialen Widerstands zu überwinden und im Berliner Parlament eine Stimme zu bekommen, die sich an den Interessen der Masse der arbeitenden und arbeitslosen Menschen orientiert und diese vertritt. [...] Die Gemeinsamkeiten von Positionen der DKP und der Zielstellung der Berliner WASG sind groß genug, um den Landesverband der WASG bei seinem Wahlantritt nach Kräften zu unterstützen und auf der Liste der WASG zur Abgeordnetenhauswahl zu kandidieren.“² Die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV) und „Linksruck“ setzten ihre Bemühungen, die WASG zu unterwandern, fort. Beide Organisationen sahen in der WASG die Keimzelle einer von ihnen angestrebten revolutionären Partei der Arbeiterklasse, deren Aufbau für sie Voraussetzung für den Sturz der „kapitalistischen Herrschaft“ und der bestehenden

¹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin 2005, S. 59 ff.

² Wahlaufruf der DKP Berlin für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 17.9.2006, Internetauftritt der DKP, datiert 19.6.2006.

Gesellschaftsordnung ist. Begünstigt wurde die Entscheidung linksextremistischer Organisationen zur Unterstützung der WASG durch das Angebot der WASG, deren Kandidaten auf ihren Wahllisten zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen zu platzieren. So befanden sich Mitglieder der DKP, der trotzkistischen Gruppen „Arbeitermacht“ und SAV sowie von gewaltbereiten autonomen Antifa-Gruppen auf den Kandidaten-Listen der WASG. Drei Mitgliedern der SAV gelang über den Wahlerfolg der WASG der Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen Lichtenberg, Mitte und Pankow.

2 WAHLKAMPF

Nach der vorzeitigen Wahl des Deutschen Bundestages am 18. September 2005 hatten alle Parteien in Berlin innerhalb eines Jahres erneut einen Wahlkampf zu führen. Dies stellt insbesondere Parteien mit schlechter Finanzdecke und geringer Mitgliederzahl vor Probleme. Die NPD hat in Berlin lediglich etwa 180 Mitglieder. Zudem räumte die NPD-Bundespartei der zeitgleich in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Landtagswahl Priorität ein, da sie sich dort größere Chancen auf einen Einzug in den Landtag ausrechnete. Gemessen an diesen Voraussetzungen führte das rechtsextremistische Wahlbündnis aus NPD und DVU in Berlin einen intensiven, straff organisierten Wahlkampf mit hohem materiellen und personellen Aufwand.

Die NPD setzte den Schwerpunkt ihres offensiven Straßenwahlkampfes in den östlichen Bezirken und hier besonders im Bezirk Treptow-Köpenick, in dem der Bundesvorsitzende Udo Voigt auf Platz 1 und der Landesvorsitzende Eckart Bräuniger auf Platz 2 der Wahlliste zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) antraten. In diesem Bezirk befindet sich auch die NPD-Bundeszentrale. Wahlkampfhilfe wurde durch Mitglieder der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) aus anderen Bundesländern geleistet sowie von aktionsorientierten Rechtsextremisten aus dem Netzwerk Kameradschaften und dem Netzwerk Musik.

WAHLKAMPFSTÖRUNGEN

Im Zuge von Wahlkampfveranstaltungen kam es zu verschiedenen, zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen auch Rechtsextremisten beteiligt waren. So wurden am 8. September 2006 zwei Wahlkampfhelfer der SPD in Marzahn-Hellersdorf überfallen. Nachdem die Wahlkampfhelfer flohen, wurde einer der beiden verfolgt. Als er stürzte, wurde er von einem Täter mehrmals gegen Kopf und Oberkörper getreten. Bei den beiden Tatverdächtigen handelt es sich um unorganisierte Rechtsextremisten.

Am 11. September 2006 wurde einem professionellen Wahlkampfhelfer der Partei Die Linke.PDS beim Plakatieren die Leiter weggezogen. Als ein Kollege dem Geschädigten zu Hilfe kommen wollte, versuchte der Täter diesen zu schlagen. Ob der Täter einen rechtsextremistischen Hintergrund hatte, konnte nicht festgestellt werden, da er unerkannt entkam.

Des Weiteren waren zwei Übergriffe auf Wahlkampfstände sowie fünf Störungen von Wahlkampfveranstaltungen durch lautstarke Zwischenrufe oder Einschüchterungen durch den Auftritt bedrohlich wirkender Personengruppen zu verzeichnen. Dabei gehörten die Aktivisten

verschiedenen rechtsextremistischen Spektren an. Mitglieder und Angehörige der NPD wurden zwar festgestellt, spielten jedoch keine herausgehobene Rolle.

Die NPD Berlin nahm auf ihrer Internetseite Stellung zu den Vorfällen und lehnte Gewalt im Wahlkampf ab. „Von der NPD geht keine Gewalt aus. Es wäre auch völlig unlogisch, warum wir mitten im Wahlkampf und bei besten Aussichten auf einen Landtagseinzug plötzlich auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung setzen sollten. Nein, die NPD bekennt sich zum harten politischen Meinungskampf, zu dem auch Diskussionen mit dem Gegner gehören, Gewalt lehnen wir jedoch strikt ab.“³

Die Einschüchterungsversuche von Rechtsextremisten auf Wahlveranstaltungen anderer Parteien verharmloste und rechtfertigte die Partei als „Wortergreifungen“. Sie wurden mit der Nichtvergabe öffentlicher Räumlichkeiten begründet. „Wenn man uns keine Plattform in den Medien stellt, wo wir unsere Ansichten kundtun dürfen, dann kommen wir eben auf ihre Plattformen! Angesichts der Aufkündigung von öffentlichen Räumlichkeiten, wird die NPD verstärkt die Veranstaltungen der Versagerparteien nutzen, um ihr politisches Wollen zu verbreiten.“⁴ „Wortergreifungsstrategie“ heißt, an Veranstaltungen anderer politischer Akteure teilzunehmen und dort rechtsextremistisches Gedankengut in die Diskussion einzuführen. Die meisten Vorfälle waren jedoch keine „Wortergreifungen“ in diesem Sinne sondern provokative Störungen.

WAHLKAMPFMITTEL UND WAHLKAMPFINHALTE

Im Vergleich zu den vorherigen Berliner Wahlkämpfen und trotz der geringen personellen und finanziellen Mittel der Partei bediente sich die NPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen vieler verschiedener Werbemittel. Die Propagandamaterialien waren größtenteils professionell gestaltet und erzielten durch ein einheitliches Design einen hohen Wiedererkennungswert.⁵ Wie schon bei der Bundestagswahl 2005 verantworteten NPD, DVU und „Freie Kräfte“ den größten Teil der Wahlplakate gemeinsam. Den differenzierten, vielfältigen Wahlkampfmitteln (z. B. Plakate, Flugblätter und ein „Aktionsprogramm“, Wahlkampfveranstaltungen und Infostände, eine Musik-CD und ein Fernsehspot, ein Wahlportal im Internet sowie Werbebriefe) stand ein geringes inhaltliches Angebot gegenüber. Im wesentlichen warb die NPD mit den Themen „Sozialprotest“ und „Überfremdung“ um Wählerstimmen.

In dem intensiv geführten Wahlkampf erfolgten durch die NPD umfangreiche Plakatierungen im gesamten Stadtgebiet und zahlreiche Infostände. Aufmerksamkeit gewann sie auch durch zwei umstrittene Wahlkampfveranstaltungen. Am 14. und 16. August 2006 führte die Partei in den Rathäusern in Tempelhof und Schöneberg Kundgebungen mit jeweils etwa 100 Teilnehmern durch. Nach der sich anschließenden Diskussion um die Nutzung öffentlicher Räume

³ Holger Szymanski: Von wem geht die Gewalt aus?, Internetauftritt der NPD, datiert 12.9.2006.

⁴ Wortergreifungsstrategie, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 10.9.2006.

⁵ Die NPD verteilte zunächst in Hausbriefkästen und an Wahlkampfständen auch eine vierseitige Wahlkampfzeitung mit dem Titel „Weiterdenken“. Ihre Verbreitung wurde kurz vor dem Wahltag vom Landgericht Berlin wegen des unautorisierten Abdrucks eines Fotos untersagt. Vgl. Landgericht Berlin 27 O 1010/06 vom 12.9.2006.

durch die NPD stellten mehrere Bezirke ihre Räumlichkeiten für Wahlveranstaltungen nicht mehr zur Verfügung.⁶

Ihre politisch-ideologischen Positionen fasste die Partei in einem „Aktionsprogramm“ zur Abgeordnetenhauswahl zusammen.⁷ Das Wahlprogramm enthielt vor allem zahlreiche sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Forderungen: „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Einfuhrbeschränkung und Steuern auf ausländische Waren, die auch in Berlin produziert werden“ oder „Einführung von Einfuhrzöllen auf Waren, die in Deutschland produziert werden können und auf Waren von Firmen, die Deutschland verlassen haben“. Zugleich sprach sich die NPD für einen Mindestlohn von 8,80 Euro aus.⁸ Die meisten Forderungen wurden in ähnlicher Form bereits mehrfach von der Bundespartei und der sächsischen NPD-Landtagsfraktion erhoben.

Einen Schwerpunkt bildeten Forderungen, welche die Ausgrenzung von Bürgern nicht-deutscher Herkunft zum Ziel hatten: „Wir fordern: Trennung von Deutschen und Ausländern in Hort und Schule“.⁹ Auf einigen Wahlplakaten verdeutlichte die NPD den eigentlichen Zweck der Ausgrenzung, die „Rückführung“ von Migranten in ihre Herkunftsländer („Gute Heimreise“) und schürte Überfremdungsängste durch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen den deutschen und den zugewanderten Bevölkerungsteilen („Wir oder Zuwanderung?“).



Abb. 1: Faltblatt und Wahlkampfplakate der NPD

Die fremdenfeindlichen Ressentiments wurden zum Teil mit Berlin-spezifischen Themen verknüpft. In einem Internetbeitrag wandte sich die NPD gegen den geplanten Bau einer Moschee in Berlin-Pankow: „Muezzin in Pankow und schwarze Gebete in Marzahn [...] nun

⁶ Der Bezirk Charlottenburg kündigte einen Mietvertrag mit der NPD. Die NPD versuchte, beim Amtsgericht Charlottenburg den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Kündigung zu erwirken. Das Amtsgericht wies diesen Antrag am 4. September 2006 zurück. Vgl. Amtsgericht Charlottenburg 222 O 1007/06 vom 4.9.2006.

⁷ Vgl. Programm zur Abgeordnetenhauswahl, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 28.7.2006.

⁸ Die Zahlenkombination „88“ wird unter Rechtsextremisten als Code für die strafbare Grußformel „Heil Hitler“ verwendet. Der Buchstabe „H“ ist der achte Buchstabe im Alphabet. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus. Berlin 2006, S. 16.

⁹ Programm zur Abgeordnetenhauswahl, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 28.7.2006.

greift auch eine akustische Umweltverschmutzung um sich.“¹⁰ Um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen nahmen einige Parteimitglieder an den Demonstrationen einer nichtextremistischen Bürgerinitiative gegen den Moscheebau teil. In gleicher Weise engagierte sich die NPD in Berlin-Lichtenberg und rief zu Protesten gegen das Bezirksprojekt eines „Interkulturellen Gartens“ auf. Darüber hinaus erhob die NPD einige regionalpolitische und lokale Forderungen. Sie plädierte in ihrem „Aktionsprogramm“ für die Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie für den Erhalt von Kleingärten und Gartenstädten.

Die Gruppe der Erst- und Jungwähler umwarb die NDP mit der kostenlosen Verteilung einer Musik-CD, der so genannten Schulhof-CD. Dieses jugendspezifische Werbemittel hatte die NPD bereits bei den Landtagswahlen in Sachsen (2004) und Schleswig-Holstein (2005) sowie der Bundestagswahl (2005) eingesetzt. Für die Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern überarbeitete sie die CD mit dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller Linken Spießer und Pauker!“. Wie schon zuvor fanden sich keine Berliner Bands unter den Interpreten. Im August und September 2006 wurde die CD vereinzelt vor Berliner Schulen verteilt. Die angekündigte „massive Verteilung“ blieb aus.¹¹ An die gleiche Wählergruppe versandte die NPD gezielt Propagandamaterial.



Abb. 2: Wahlkampf-CD der NPD (2006)

Die NPD bemühte sich ebenfalls um die Stimmen der Protest- und der Nichtwähler. Sie gab sich bürgernah und setzte auf die Personalisierung des Wahlkampfs. Auf mehreren Plakaten waren Parteifunktionäre abgebildet. So riefen etwa der NPD-Bundvorsitzende („Weiterdenken!“) und der Berliner Landesvorsitzende („Deine Stimme gegen die Abzocke!“) zur Stimmabgabe auf. Auf diese Weise präsentierte sich erstmals auch eine DVU-Kandidatin auf der NPD-Landesliste („Gemeinsam für Berlin!“).¹² Zusätzlich attackierte und diffamierte die NPD

¹⁰ Muezzin in Pankow und schwarze Gebete in Marzahn, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 18.8.2006.

¹¹ Vgl. Heiße Phase im Jugendwahlkampf. Schulhof-CD wird massiv verteilt, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 4.9.2006.

¹² In einem eigens eingerichteten Wahlportal im Internet wurden die NPD-Listenkandidaten vorgestellt. Dort konnten ebenso wie in dem nichtextremistischen Internetprojekt „Kandidatenwatch“ wahlbezogene Fragen an die Bewerber gestellt werden. Darüber hinaus wurde ein Fernsehspot der NPD ausgestrahlt.

die demokratischen Parteien im Kampf um die Mobilisierung der Wähler: „Die Kartell-Parteien haben wiederum Angst davor, daß Menschen, die sie seit Jahren belügen, es <nun mit der NPD> versuchen wollen.“¹³ In einem Flugblatt hieß es schlicht: „Nicht meckern. Handeln!“



Abb. 3: Wahlkampfplakate und Flugblatt der NPD

3 WAHLBETEILIGUNG

Am Wahltag waren in Berlin 2 425 480 Bürgerinnen und Bürger für die Abgeordnetenhauswahl wahlberechtigt,¹⁴ ca. 12 000 Wahlberechtigte mehr als 2001. Im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2001 sank die Wahlbeteiligung 2006 um 10,1 Prozentpunkte von 68,1 auf 58,0 Prozent (vgl. Tabelle 1) und im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 um 19,4 Prozentpunkte von 77,4 auf 58,0 Prozent.

Dabei zeigte sich innerhalb Berlins ein differenziertes Bild. In West-Berlin lag die Wahlbeteiligung mit 61,1 Prozent höher als in Ost-Berlin mit 53,8 Prozent. Dieser West-Ost-Unterschied war auch schon bei der Bundestagswahl 2005 und der Abgeordnetenhauswahl 2001 festzustellen.¹⁵

| Wahlbeteiligung | Abgeordnetenhauswahl 2006 (in Prozent) | Bundestagswahl 2005 (in Prozent) | Abgeordnetenhauswahl 2001 (in Prozent) |
|-----------------|--|----------------------------------|--|
| Berlin-Gesamt | 58,0 | 77,4 | 68,1 |
| Berlin-West | 61,1 | 78,0 | 70,6 |
| Berlin – Ost | 53,8 | 76,5 | 64,4 |

Tabelle 1: Wahlbeteiligung Abgeordnetenhauswahl

¹³ Wortergreifungsstrategie, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 10.9.2006.

¹⁴ Alle Zahlen beruhen auf den Angaben des Landeswahlleiters Berlin (Endgültiges Ergebnis). Vgl. Internetauftritt des Landeswahlleiters Berlin; <http://www.statistik-berlin.de/wahlen>.

¹⁵ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Analyse der Ergebnisse extremistischer Parteien in Berlin. Bundestagswahl 2005, <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/index.html>.

Allerdings scheint sich die Wahlbeteiligung innerhalb Berlins weiter auseinander zu entwickeln. War im Westteil Berlins ein Rückgang gegenüber den Vergleichswahlen von 2005 und 2001 um 16,9 bzw. 9,5 Prozentpunkte zu verzeichnen, kam es im Ostteil der Stadt zu einer Abnahme um 22,7 bzw. 10,6 Prozentpunkte. Die Wähler in Ost-Berlin ließen sich bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 vergleichsweise schwächer mobilisieren als die Wähler in West-Berlin. Hier gab nur noch etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Zu den BVV-Wahlen waren 2 601 230 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Dies waren ca. 128 000 mehr Wahlberechtigte als 2001. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Senkung des Wahlalters bei den BVV-Wahlen auf 16 Jahre sowie aus einem Anstieg an wahlberechtigten Bürgern der Europäischen Union aufgrund des Beitritts von zehn weiteren Staaten zur Europäischen Union. Die Wahlbeteiligung sank um 11,1 Prozentpunkte auf 55,8 Prozent. Auch bei den BVV-Wahlen war die Wahlbeteiligung im Westteil der Stadt mit 58,1 Prozent höher als im Ostteil mit 52,5 Prozent.

4 WAHLERGEBNISSE

ABGEORDNETENHAUSWAHL

Die NPD stellte sich bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus flächendeckend zur Wahl. Die Partei verzeichnete in den Berliner Bezirken unterschiedliche Ergebnisse, scheiterte jedoch klar an der Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in das Abgeordnetenhaus. Berlinweit erhielt die NPD 2,6 % der Zweitstimmen. Dies bedeutet einen Zugewinn gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 2001 um 1,7 Prozentpunkte und gegenüber der Bundestagswahl 2005 um 1,0 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 2).¹⁶ Damit konnte die Partei ihren Zweitstimmenanteil im Vergleich zu 2001 annähernd verdreifachen. Die NPD erhält aufgrund ihrer Ergebnisse staatliche Wahlkampfkostenerstattung.

Auch in absoluten Zahlen zeigte sich das gleiche Bild. Die NPD konnte ihr Ergebnis trotz geringerer Wahlbeteiligung auf 35 162 Wählerstimmen verbessern, ein Zugewinn gegenüber der Bundestagswahl 2005 von 6 092 Wählerstimmen und gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 2001 von 20 052 Stimmen.

¹⁶ Die Berliner NPD litt in den vergangenen Jahren unter einer hohen Fluktuation ihres Personals und kurzlebigen Parteistrukturen. Zudem war während der Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2001 ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD anhängig. Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahlen von 2001 und 2006 sind daher nur bedingt miteinander zu vergleichen, so dass im folgenden auch die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 als Vergleichsmaßstab herangezogen werden.

| Wahlergebnisse Zweitstimmen NPD | Abgeordnetenhauswahl 2006 | Bundestagswahl 2005 | Abgeordnetenhauswahl 2001 |
|---|--|--------------------------------------|--|
| Zweitstimmen (in Prozent) | 2,6 | 1,6 | 0,9 |
| Zweitstimmen (absolute Zahlen) | 35 162 | 29 070 | 15 110 |

Tabelle 2: Wahlergebnisse der NPD – Abgeordnetenhauswahl und Vergleichswahlen

Hinsichtlich ihrer geographischen Verteilung lassen die Landesergebnisse der NPD in Berlin – wie schon bei der Bundestagswahl 2005 und der Abgeordnetenhauswahl 2001 – deutliche Unterschiede erkennen. Das Ost-West-Gefälle im Wählerzuspruch vertiefte sich weiter. Mit gemittelten 4,0 Prozent war die NPD in den östlichen Bezirken überdurchschnittlich erfolgreich. In den westlichen Bezirken kam sie dagegen lediglich auf 1,7 Prozent und erzielte zumeist unterdurchschnittliche Ergebnisse. Der Zuspruch zu dieser Partei war damit in den östlichen Bezirken mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Stadtbezirken. Zwar konnte die NPD in beiden Stadtteilen zulegen, allerdings fiel ihr Stimmenzuwachs im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 (1,7 Prozentpunkte) im Ostteil höher als im Westteil (0,6 Prozentpunkte) aus. Im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl stieg der Stimmenanteil um 2,4 Prozentpunkte im Ostteil und 1,1 Prozentpunkt im Westteil (vgl. Tabelle 3).

| Wahlergebnisse NPD Zweitstimmen Berlin West/ Ost | Abgeordnetenhauswahl 2006 (in Prozent) | Bundestagswahl 2005 (in Prozent) | Abgeordnetenhauswahl 2001 (in Prozent) |
|---|---|---|---|
| Berlin – Gesamt | 2,6 | 1,6 | 0,9 |
| Berlin – West | 1,7 | 1,1 | 0,5 |
| Berlin – Ost | 4,0 | 2,3 | 1,6 |

Tabelle 3: Wahlergebnisse der NPD – Abgeordnetenhauswahl und Vergleichswahlen Berlin West – Ost

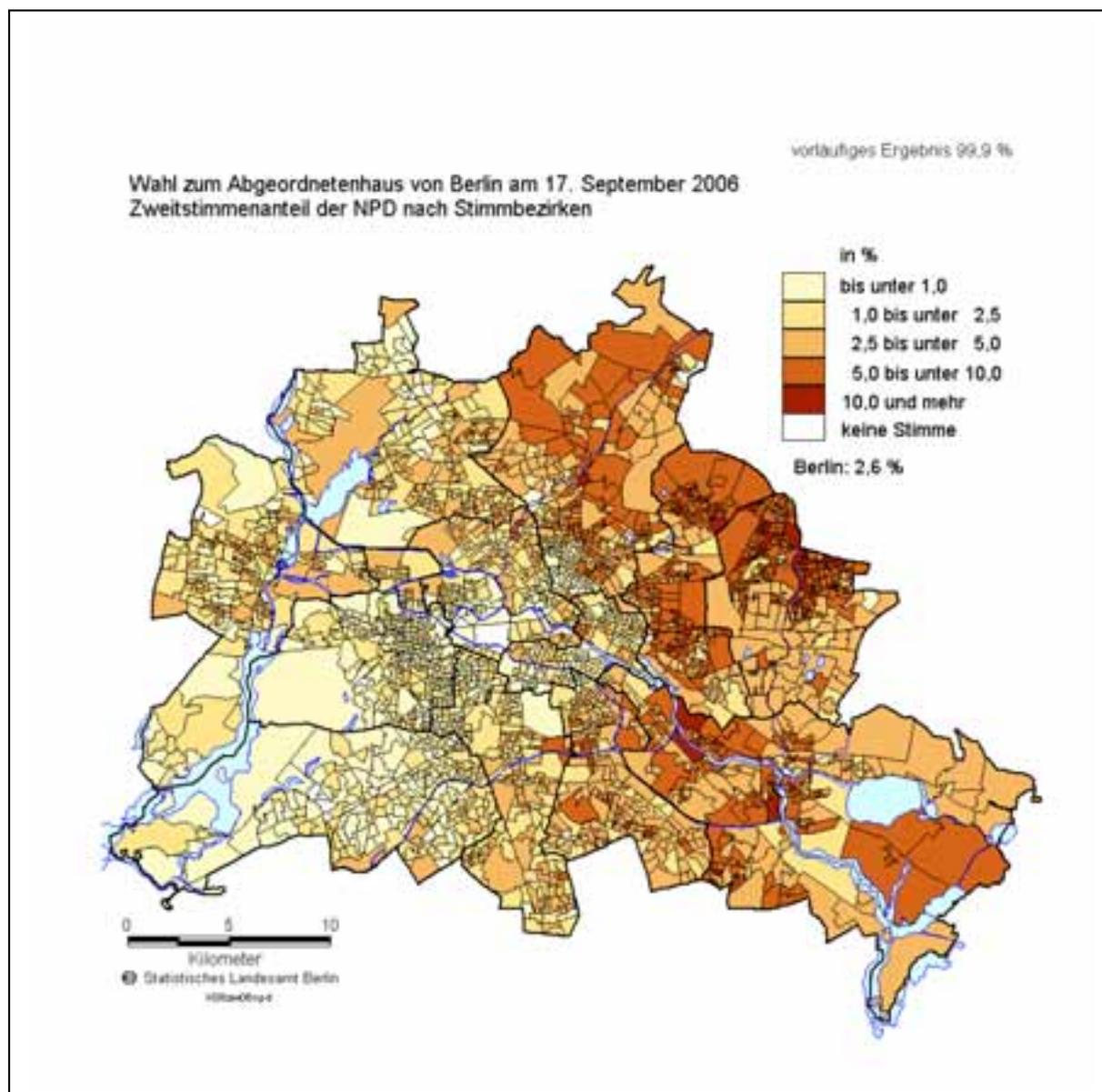


Abb. 6: Wahlergebnisse der NPD (Zweitstimmen) – Abgeordnetenhauswahl Stimmbezirke
Quelle: Der Landeswahlleiter von Berlin.

Die NPD verbesserte ihr Ergebnis in allen zwölf Bezirken und erreichte dabei in zwei Bezirken mehr als 5 Prozentpunkte. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf mit 5,4 Prozent, Lichtenberg mit 5,1 Prozent und Treptow-Köpenick mit 4,6 Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 4). In diesen Bezirken schnitt sie bereits bei der Bundestagswahl 2005 am besten ab. In einzelnen Wahlkreisen dieser Bezirke erreichte die NPD deutlich stärkere Ergebnisse von bis zu 7,6 Prozent der Wählerstimmen (Marzahn-Hellersdorf). Ihr bestes Stimmergebnis erzielte die Partei in Treptow-Köpenick im Stimmbezirk 326 mit 18,4 Prozent. Allerdings konnte dieses Ergebnis aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von 27,0 Prozent mit lediglich 35 Stimmen erlangt werden. Auch in den westlichen Berliner Bezirken verzeichnete die NPD durchgängig Zugewinne. In dem westlichen Bezirk Neukölln

erreichte sie mit 3,0 Prozent fast annähernd dasselbe Ergebnis wie in dem östlichen Bezirk Pankow (3,1 Prozent).

| Wahlergebnisse NPD Zweitstimmen Berlin Bezirke | Abgeordnetenhauswahl 2006 (in Prozent) | Bundestagswahl 2005 (in Prozent) | Abgeordnetenhauswahl 2001 (in Prozent) |
|---|---|---|---|
| Marzahn-Hellersdorf | 5,4 | 3,2 | 2,3 |
| Lichtenberg | 5,1 | 2,8 | 2,1 |
| Treptow-Köpenick | 4,6 | 2,4 | 1,7 |
| Pankow | 3,1 | 1,8 | 1,2 |
| Neukölln | 3,0 | 1,7 | 0,7 |
| Spandau | 1,9 | 1,2 | 0,6 |
| Reinickendorf | 1,8 | 1,2 | 0,6 |
| Mitte | 1,7 | 1,2 | 0,7 |
| Tempelhof-Schöneberg | 1,7 | 1,0 | 0,4 |
| Friedrichshain-Kreuzberg | 1,3 | 1,0 | 0,7 |
| Charlottenburg- Wilmersdorf | 1,1 | 0,7 | 0,4 |
| Steglitz-Zehlendorf | 1,0 | 0,8 | 0,3 |

Tabelle 4: Wahlergebnisse der NPD – Abgeordnetenhauswahl Bezirke

Das Wahlergebnisses der NPD wies aber nicht nur regionale Besonderheiten, sondern auch deutliche Zusammenhänge mit dem Alter und dem Geschlecht der Wähler auf.¹⁷ Die NPD war mit 5,1 Prozent in der Wählergruppe im Alter von 18 bis 25 Jahren am erfolgreichsten. Die wenigsten Stimmen erhielt sie mit 1,3 Prozent von den Wählern im Alter von 45 bis unter 60 Jahren.¹⁸ Noch höhere Werte erzielte sie bei den männlichen Jungwählern mit 7,3 Prozent (weibliche Jungwählerinnen 2,9 Prozent) – und insbesondere bei den männlichen Jungwählern im Ostteil der Stadt mit 9,8 Prozent.

Die NPD trat bei dieser Abgeordnetenhauswahl in 10 der 78 Wahlkreise mit Direktkandidaten an, die insgesamt 9 055 Stimmen erhielten. Ein Direktmandat erwarb sie nicht.

WAHL ZU DEN BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN (BVV)

Bei den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen trat die NPD lediglich in fünf der zwölf Berliner Bezirke an. In keinem Bezirk traten NPD und REP gegeneinander an. Die Aufteilung entsprach weitgehend den Wahlergebnissen früherer Wahlen, bei denen die NPD in den

¹⁷ Vgl. Statistisches Landesamt: Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Statistischer Bericht B VII 2. Berlin 2006.

¹⁸ Ältere Menschen haben einen stärkeren Einfluss auf das Wahlergebnis als die Jüngeren. Nicht nur ihre Beteiligung an der Wahl ist höher, sondern auch ihr Anteil an den Wahlberechtigten. Vgl. ebenda.

östlichen und die REP in den westlichen Bezirken überdurchschnittlich erfolgreich waren. Allerdings verzichtete die NPD auf einen Antritt in Pankow, obwohl sie dort über einen gut organisierten Kreisverband verfügt, der im Rahmen einer Kampagne gegen den geplanten Bau einer Moschee in Heinersdorf zahlreiche Aktivitäten durchführte. Die NPD trat dafür in den Westbezirken Neukölln und Tempelhof-Schöneberg an. Es ist davon auszugehen, dass dies auf Überlegungen beider Parteien zurückzuführen ist, nicht als reine Ost- bzw. Westpartei wahrgenommen zu werden.

Die NPD steigerte ihr Ergebnis in allen Bezirken, in denen sie zu den Wahlen antrat und zog in vier Bezirken mit insgesamt 11 Mandaten in die BVV ein. Nur in Tempelhof-Schöneberg gelang ihr der Einzug in die BVV nicht. Sie erreichte mit 6,4 Prozent in Marzahn-Hellersdorf drei Mandate, mit 5,9 Prozent in Lichtenberg drei Mandate, mit 5,3 Prozent in Treptow-Köpenick drei Mandate und mit 3,9 Prozent in Neukölln zwei Mandate. In Treptow-Köpenick ziehen sowohl der NPD-Bundesvorsitzende als auch der Berliner NPD-Landesvorsitzende in die BVV ein. Drei der elf BVV-Mandate werden von DVU-Mitgliedern eingenommen. Der Zuspruch zu der NPD war auch auf kommunaler Ebene in den östlichen Bezirken größer als in den westlichen Stadtbezirken. Ihr bestes Wahlergebnis zu einer BVV erzielte die NPD wie schon bei der Abgeordnetenhauswahl im Wahlbezirk 326 in Treptow-Köpenick mit 19,8 Prozent (40 Stimmen).

Mit Neukölln hat die NPD auch in einem Westbezirk den Einzug in die BVV geschafft. Bereits bei der Bundestagswahl 2005 konnte die NPD in Neukölln mit 1,7 Prozent das beste Wahlergebnis im Westteil der Stadt erzielen.

| Wahlergebnisse NPD Bezirksverordnetenversammlungen | BVV-Wahl 2006 (in Prozent) | BVV-Wahl 2001 (in Prozent) |
|--|---|---|
| Marzahn-Hellersdorf | 6,4 | 2,6 |
| Lichtenberg | 5,9 | 2,3 |
| Treptow-Köpenick | 5,3 | 2,3 |
| Neukölln | 3,9 | nicht angetreten |
| Tempelhof-Schöneberg | 2,1 | nicht angetreten |
| Pankow | nicht angetreten | 1,4 |
| Spandau | nicht angetreten | 0,6 |
| Reinickendorf | nicht angetreten | nicht angetreten |
| Mitte | nicht angetreten | 0,8 |
| Friedrichshain-Kreuzberg | nicht angetreten | nicht angetreten |
| Charlottenburg-Wilmersdorf | nicht angetreten | nicht angetreten |
| Steglitz-Zehlendorf | nicht angetreten | nicht angetreten |

Tabelle 5: Wahlergebnisse der NPD – Bezirksverordnetenversammlungen

Bei den BVV-Wahlen erreichte die NPD in allen Bezirken ein besseres Ergebnis als bei den gleichzeitig stattfindenden Abgeordnetenhauswahlen. Möglicherweise ist dies auf eine fehlende Konkurrenz durch die REP oder auf taktisches Wahlverhalten zurückzuführen, da ein Einzug der NPD in eine BVV wegen der 3-Prozent-Hürde wahrscheinlicher war als der Einzug in das Abgeordnetenhaus. Zudem waren bei den BVV-Wahlen aufgrund der niedrigeren Altersgrenze von 16 Jahren mehr Jungwähler wahlberechtigt.

5 REAKTIONEN

In einer ersten Reaktion zeigte sich die Berliner NPD mit ihrem Wahlergebnis zufrieden: „Die Berliner Nationaldemokraten sehen ihre Position in der deutschen Hauptstadt gestärkt. Der Einzug in vier Bezirksverordnetenversammlungen und ein beachtliches Ergebnis zur Abgeordnetenhauswahl sind als Zeichen eines beginnenden Bewusstseinswandels zu werten.“¹⁹ Sie erwartete von dem Wahlergebnis eine Stärkung der eigenen Strukturen: „Überdies wird der strukturelle Aufbau des Landesverbandes in verstärktem Maße vorangetrieben. Bereits seit dem Vorwahlkampf ist ein massiver Zulauf von Interessenten und Mitgliedern zu verzeichnen gewesen, der sich im Wahlkampf noch erhöht hat. Der Landesverband sieht sich nun in der Lage, auch im Westen der Stadt verstärkt Strukturen aufzubauen.“²⁰

Funktionäre der NPD sahen sich in ihren Verlautbarungen nach der Wahl in ihrem Bündniskurs bestätigt und leiteten aus dem Wahlergebnis optimistische Prognosen für künftige Wahlgänge ab. Der Bundesparteivorsitzende erklärte am Tag nach der Wahl, „all unsere Wahlziele wurden erreicht!“²¹ Als vorrangig betrachtete er den Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern: „Die Nachricht des Tages kam am 17. September aus Schwerin.“²² Er sah darin ein Etappenziel auf dem Weg, mittelfristig auch im Westen Fuß zu fassen: „Das Konzept, sich erst regional zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Nur so kann mittelfristig der gebündelte Angriff nationaler Kräfte auf die noch hart verteidigten etablierten Bonzen-Bastionen des Westens erfolgen.“²³

Der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen gab als Ziel für das Jahr 2009 den Einzug in den Deutschen Bundestag aus: „Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück, Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin Dresden, wird es uns gelingen die Republik aufzurollen. Auf dass es uns gelingen wird im Jahre 2009 auch den Reichstag in Berlin endlich für die volkstreuere Opposition zu gewinnen.“²⁴

Die NPD richtete ihre Wahlstrategie in Berlin auch mit Blick auf das von den REP zurückgewiesene Bündnisangebot aus. Neben der Vermeidung konkurrierender Wahlantritte bei den BVV-Wahlen deutete darauf auch der relativ breite Raum hin, den die Kommentierung der REP-Ergebnisse durch die NPD einnahm. Der Bundesvorsitzende der NPD wies in seiner

¹⁹ Stella Palau: Deutliche Stärkung der NPD-Positionen. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbandes, datiert 19.9.2006.

²⁰ Ebenda.

²¹ Udo Voigt: NPD mit Deutschland-Pakt voran!, Internetauftritt der NPD, datiert 18.9.2006.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

²⁴ Wahlabend: Redebeiträge von Udo Pastörs und Holger Apfel, hier: Holger Apfel, Internetauftritt des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, datiert 19.9.2006.

Stellungnahme nach der Wahl darauf hin, dass die REP unterhalb des für die Wahlkampf-kostenerstattung berechtigenden Stimmenanteils von 1 Prozent geblieben sind. „Zur Abgeordnetenhauswahl erreichten die Nationaldemokraten 2,6 Prozent, während die konkurrierenden Republikaner mit 0,9 Prozent an der nicht unwichtigen 1 Prozent-Marke scheiterten.“²⁵ Er richtete sich direkt an die REP und wies ihnen die Schuld für das Scheitern der NPD bei der Abgeordnetenhauswahl zu. Offensiv forderte er von den REP den Beitritt zum „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU: „In Mecklenburg-Vorpommern trat die NPD als einzige nationale Kraft an und kam in den Landtag. In Berlin traten die REP an und verhinderten so einen Einzug nationaler Kräfte in das Berliner Abgeordnetenhaus. Diese unsinnigen Kandidaturen gegeneinander müssen aufhören. Wir werden weiterhin gegenüber den REP unser Angebot zur Zusammenarbeit aufrecht halten. Es geht uns nicht um Geld oder Posten, sondern darum, endlich eine Wahlplattform in Deutschland nach dem Vorbild der Nationalen Front in Frankreich zu schaffen. Die Gegensätze müssen überwunden werden, oder die Mitglieder der REP sollten den Entschluß fassen, den Bündnisparteien NPD und DVU beizutreten. Einigkeit macht stark. Handeln wir künftig noch mehr gemeinsam, denn organisierter Wille bedeutet Macht!“²⁶

In einer kurzen Stellungnahme drei Tage nach der Wahl interpretierte die DVU die Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin weniger als Erfolg der NPD, sondern als Protest der Bevölkerung: „Die Ergebnisse der vergangenen Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern demonstrieren drastisch, dass ein Großteil der Deutschen in steigender Verdrossenheit über Parteien und Politiker eine Stimmabgabe für überflüssig hält. [...] Die Abstrafung der herrschenden Parteien gipfelte im Erfolg der NPD als viertstärkster Partei mit 7,3 Prozent und 6 Abgeordneten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.“²⁷

NPD-kritische aktionsorientierte Rechtsextremisten nahmen die Wahlergebnisse der NPD verhalten positiv auf. Sie äußerten aber gleichzeitig Skepsis, ob die NPD die angekündigte Fundamentalopposition in den Parlamenten ausüben werde.²⁸

6 BEWERTUNG

Das Abschneiden der NPD in Berlin ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten insgesamt als erfolgreich zu bewerten. Die Berliner Ergebnisse standen jedoch im Schatten des Wahlerfolges der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Partei mit 7,3 Prozent in den Landtag einzog. Die linksextremistische Kleinpartei PSG erreichte mit 573 der abgegebenen Zweitstimmen – dies entspricht 0,04 Prozent – ein Ergebnis, welches ihre Bedeutungslosigkeit unterstreicht.

Das Wahlergebnis der NPD in Berlin ist vor allem den überdurchschnittlichen Zugewinnen in den östlichen Bezirken geschuldet. Die Partei konnte aber auch in begrenztem Umfang in den westlichen Bezirken Stimmen gewinnen. Insgesamt bleibt die NPD derzeit, gemessen an ihren aktuellen Wahlergebnissen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie den letzten

²⁵ Udo Voigt: NPD mit Deutschland-Pakt voran!, Internetauftritt der NPD, datiert 18.9.2006.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Der NPD-Erfolg, Internetauftritt der DVU, datiert 20.9.2006.

²⁸ Knallharte Oppositionspolitik? – NPD-Fraktionschef in spe spielt schon mal mit den Muskeln, Internetauftritt „Altermedia“, datiert 17.9.2006.

Landtagswahlen und der Bundestagswahl, vor allem eine ostdeutsche Regionalpartei. Dies schließt Erfolge in bestimmten westlichen Bezirken wie in Neukölln nicht aus.

Die Zweitstimmenergebnisse der Abgeordnetenhauswahl im Bezirk Pankow lassen vermuten, dass bei einem Wahlantritt in Pankow auch dort der NPD anstelle der REP der Einzug in die BVV gelungen wäre. Die NPD erzielte hier 3,1 Prozent, die REP 1,1 Prozent. Dass Rechtsextremisten in Pankow überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen können, zeigte sich bereits in früheren Wahlen. Zudem nahmen sowohl REP als auch NPD bereits vor einigen Monaten das Thema des von vielen Anwohnern abgelehnten geplanten Moscheebaus im Pankower Ortsteil Heinersdorf auf und versuchten an den Protest anzuknüpfen. Die NPD verfügt in Pankow über einen aktiven Kreisverband. Dessen Vorsitzender, der zugleich Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der NPD ist, kandidierte im Bezirk Lichtenberg und zog in die BVV ein. In allen Bezirken, in denen die NPD zu den BVV-Wahlen antrat, fielen die Ergebnisse höher aus als bei der Abgeordnetenhauswahl.

Die Wahlergebnisse in Berlin wurden vermutlich auch durch bundesweite Faktoren wie die umfangreiche Medienberichterstattung aufgrund des erwarteten Landtageinzuges der NPD in Mecklenburg-Vorpommern begünstigt. Allerdings führte die Partei in Berlin auch einen verhältnismäßig aufwändigen und facettenreichen Wahlkampf. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern sind die erzielten Ergebnisse der NPD in Berlin – auch in den Bezirken mit überdurchschnittlichen NPD-Wahlergebnissen – nicht auf eine regionale Verwurzelung der Partei zurückzuführen. Trotz eines Ausbaus im vergangenen Jahr verfügt die NPD in Berlin bislang nur über schwache Strukturen und spielt außerhalb der Wahlkampfzeiten im öffentlichen Leben vor Ort kaum eine Rolle.

Die Mittel, die im Wahlkampf von der NPD eingesetzt wurden, waren aus vorangegangenen Wahlen weitestgehend bekannt. Allerdings nahmen im Rahmen der allgemeinen technischen Innovation die Intensität ihres Einsatzes sowie die Einbindung des Internets zu. Profitieren konnte die NPD dabei vom Sitz der Bundesparteientrale in Treptow-Köpenick, deren Technik und Infrastruktur sie nutzen konnte. Anteile einzelner Werbemittel am Wahlergebnis sind kaum messbar. Das Aktionsprogramm zur Abgeordnetenhauswahl wurde nach seiner Veröffentlichung im Internet kaum thematisiert. Die auf Erst- und Jungwähler abzielende, kostenlose Musik-CD wurde nur in geringem Umfang verteilt und rief aufgrund der frühzeitigen Information der Öffentlichkeit und eines fehlenden Überraschungseffektes im Gegensatz zu vorangegangenen Wahlkämpfen kaum mehr öffentliche Resonanz hervor. Die CD selbst dürfte mit ihrer heterogenen Musikzusammenstellung kaum dazu geeignet sein, größere Wählerschichten anzusprechen.

Die in der Presse umfangreich thematisierten Wahlkampfstörungen und -übergriffe hatten vermutlich keine negativen Auswirkungen auf das Wahlergebnis der NPD. Die NPD distanzierte sich von den Vorfällen, sah jedoch in der Berichterstattung hierüber eine willkommene Wahlwerbung für sich: „In jedem Fall sagen wir danke, für die geschenkte Aufmerksamkeit und für die kostenlose Werbung!“²⁹

²⁹ Danke PDS-SPD-Grüne-CDU-FDP-Einheitspartei, Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert 18.9.2006.

Art und Anzahl der Vorfälle in diesem Wahlkampf haben kein neues Ausmaß erreicht. Auftritte von Rechtsextremisten auf Veranstaltungen anderer politischer Parteien, verbale Auseinandersetzungen an Wahlkampfständen sowie einzelne gewaltsame Übergriffe gab es auch in der Vergangenheit. Allerdings konzentrierten sich die Wahlkampfstörungen durch Extremisten in diesem Jahr auf einen engen Zeitraum. Zudem hatte das beinahe uniforme Auftreten von 20-30 Rechtsextremisten auf Wahlkampfveranstaltungen einen besonderen Einschüchterungseffekt.

Die Schwerpunktthemen „Sozialprotest“ und angebliche „Überfremdung“ sind traditionelle Themen der NPD. Neu war die Ausarbeitung eines umfangreichen Aktionsprogramms, das zahlreiche konkrete, zum Teil Berlin-spezifische Einzelforderungen und traditionelle rechtsextremistische Positionen umfasste. Daneben nahm die Partei öffentlichkeitswirksame regionale Themen wie den geplanten Bau einer Moschee in Pankow oder die Errichtung eines „Interkulturellen Gartens“ in Lichtenberg auf, um dadurch Teile eines bürgerlichen Protestpotenzials für sich auszunutzen. Dies geschah in beiden Fällen auf populistische Weise; eine inhaltliche, über Schlagworte hinaus gehende Auseinandersetzung mit diesen Themen fand nicht statt.

Die Stellung der NPD innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums wird durch die Wahlergebnisse weiter gestärkt, wie auch die Reaktionen der rechtsextremistischen Szene zeigen. Die NPD wird künftig einen Spagat vollbringen müssen, wenn sie den Erwartungen der aktionsorientierten Rechtsextremisten an eine deutliche politisch-ideologische Positionierung der Partei entsprechen möchte, ohne gemäßigte Wählerschichten abzuschrecken.

Die gelegentlichen Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien und hier vor allem der NPD werden eine ernsthafte Bewährungsprobe für die „Volksfront“ wie auch für andere Kleinparteien im rechtsextremistischen Parteienspektrum darstellen. Es ist zu erwarten, dass sowohl Mitglieder anderer Parteien als auch ganze Parteigliederungen eine Annäherung oder gar Angliederung an die NPD suchen werden. Auch das Bündnis mit der DVU könnte durch die Wahlergebnisse unter Druck geraten. Bislang wird die NPD deutlich stärker als die DVU als führende Kraft der „Volksfront“ wahrgenommen. Dies schlägt sich in Wahlergebnissen und Mitgliederzuwachs nieder. Zwar erhöht die Zusammenarbeit die Wahlchancen beider Parteien. Bleiben jedoch Wahlerfolge aus oder fallen sie zu einseitig zugunsten einer Partei aus, könnte dies Unzufriedenheit beim Bündnispartner hervorrufen. Nach den ersten Aufmerksamkeit erregenden Wahlergebnissen in Sachsen und Brandenburg 2004 blieb die „Volksfront“ in der Folge bei den Wahlen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Hessen und bei der Bundestagswahl 2005 deutlich hinter den selbst gesetzten Zielen zurück.

Der Berliner Landesverband der NPD ist seit der Trennung des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg im Jahr 2003 und der Wahl des Landesvorsitzenden 2005 neonazistisch und aktionistisch ausgerichtet. Die Ausarbeitung kommunalpolitischer Programme hatte bislang keine Priorität. Eine bezirkspolitische Agenda hat die Partei bislang nicht vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob sich die künftigen BVV-Mitglieder der NPD an der parlamentarischen Sacharbeit beteiligen wollen und können. Während einige Mandatsträger bislang nicht durch rechtsextremistische Äußerungen oder Aktivitäten öffentlich in Erscheinung getreten sind, verfügen andere über jahrelange Erfahrung als Parteipolitiker. Ein künftiges BVV-

Mitglied ist in der Vergangenheit in einer Internetveröffentlichung für die Wiedereinführung der Monarchie eingetreten. Ein kommunalpolitisches Mandat nahm einzig Jörg Hähnel bereits wahr, der bis 2002 in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt/Oder saß. Inwieweit sich beispielsweise der Bundesvorsitzende der NPD in eine BVV einbringen wird, ist fraglich.

In Sachsen hatte die NPD nach dem Einzug in den dortigen Landtag im Jahr 2004 zahlreiche Parteikader als Berater zur Professionalisierung der parlamentarischen Arbeit engagiert. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurden den künftigen Abgeordneten bereits am Tag nach der Wahl erfahrene Funktionäre als Organisatoren und Berater zur Seite gestellt. Eine derartige personelle Unterstützung oder Beratung der Berliner Mandatsträger auf kommunaler Ebene durch die Bundespartei ist angesichts der dünnen Ausstattung der NPD mit entsprechendem Personal nicht zu erwarten. Zumindest in der ersten Zeit ist mit einem punktuellen Aufgreifen einzelner lokaler Themen zu rechnen, die in populistischer Weise skandalisiert werden könnten.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60. 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>

E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de